

FLU stellt „Bonus“ für Ratsausschüsse auf den Prüfstand

400 Euro pro Monat für die Vorsitzenden könne sich Unna vielleicht doch sparen.

Von Sebastian Smulka

Unna. Die Freie Liste rüttelt am „Bonus“ für die Vorsitzenden politischer Ausschüsse. Denn die Idee eines freiwilligen Verzichts auf die monatliche 400-Euro-Zulage wird offenbar nicht einmal von der Hälfte der Bezugsberechtigten akzeptiert. Die Stadt müsse daher prüfen, ob nicht doch eine andere Regelung möglich ist, meint FLU-Fraktionschef Klaus Göldner. Er verbindet diese Forderung mit einem schweren Verdacht: Möglicherweise habe die Stadtverwaltung die Politik gar nicht richtig informiert.

Die umstrittene Zulage für Ausschussvorsitzende war 2016 von der rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebracht worden und Anfang 2017 in Kraft getreten. Der Rat der Stadt Unna diskutierte zunächst über einen eigenen Beschluss, diese Zulage nicht auszuzahlen. Dann allerdings erklärte Bürgermeister Werner Kolter die Rechtslage derart, dass die Stadt gar keine Möglichkeit habe, die Zahlung zu unterlassen. Einzig ein freiwilliger Verzicht der Vorsitzenden sei denkbar.

Die Idee des Verzichts wurde danach durch alle Fraktionen begrüßt, aber nur eingeschränkt umgesetzt. Von den 47.000 Euro,



Klaus Göldner

die die Stadt im vergangenen Jahr für eine Vergütung der Ausschussvorsitzenden bereitgestellt hatte, kamen rund 26.000 Euro zur Auszahlung.

Göldners Kritik, dass die Rechtslage inzwischen neu bewertet werden müsse, zielt nicht auf Kolters Erklärungen zum Jahreswechsel 2016/17. Aber: Danach hat es in Düsseldorf einen Regierungswechsel gegeben. Und im Ressort von Kommunal-Ministerin Ina Scharrenbach (CDU) scheint es die Lesart zu geben, dass die Kommunen die Regelung doch nicht umsetzen müssen. Entsprechende Hinweise müssten nach Göldners Informationen im November ans Rathaus gegangen sein. Im Dezember aber hatte der FLU-Mann das Thema im Rat angeschnitten – ohne dass die Stadt über aktuelle Landeserlasse zur Gesetzeslage informiert hätte.